

DOPPELHAUSHALT			2017/2018
STELLUNGNAHME zu Antrag			54
Die Linke --- --- --- --- --- --- ---	Seite HH-Plan	Produktbereich	
	173	21	
	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart		
	Transferaufwendungen		
Erhöhung der Zuschüsse an Privatschulen			

In der Sitzung vom 26. April 2016 wurde durch den Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, die Maßnahme M19_SuS im Rahmen des 1. Maßnahmenpaketes zur Sicherung des Haushaltsstabilisierungsprozesses in den Doppelhaushalt 2017/2018 aufzunehmen.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

23.09.2016

DOPPELHAUSHALT

2017/2018

Antrag zum Thema

Erhöhung der Zuschüsse an Privatschulen um 9 Prozent

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 173	▶ 4000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 21					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2017	2018	2019	2020	2021
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	23.760	23.760			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

► Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

► bitte Zuschussempfänger eintragen

► Sachverhalt | Begründung

Wir beantragen die Einstellung von 23.760 € pro Jahr

für die Erhöhung der Zuschüsse an Privatschulen (Schulgeld, Betriebskostenzuschuss, Erbbauzinsermäßigung) um 9 Prozent.

Im April 2016 hat der Gemeinderat mehrheitlich die Kürzung der Zuschüsse an Privatschulen um 9 Prozent ab 2017 beschlossen.

Die Privatschulen in Karlsruhe erfüllen einen wichtigen Bildungsauftrag. Bei den Ausgaben für Bildung ist Deutschland insgesamt auf hinteren Rängen. Bildungskosten sind gute Investitionen in die Zukunft, hier darf nicht gestrichen werden. Mit dem Antrag wollen wir den Zuschuss wieder auf das Niveau von 2016 anheben.

Unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos, Sabine Zürn